



# GERMINAL

Flugschrift der Gruppe Internationaler SozialistInnen / Nr:13 | 2018

## Gegen Nationalismus und Krieg!

Keine schönen Zeiten. Weltweit nehmen nationalistische Spannungen, Rüstungswettläufe, und militärische Konflikte immer drastischere Formen an, während die Stellschrauben der Ausbeutung angezogen werden. Diese Entwicklung ist mitnichten einfach nur das Werk egoistischer oder inkompetenter Politiker, sondern Ausdruck der Funktionsweise dieses Systems.

### Wirtschaftliche Stagnation

Zum ersten Mal seit zehn Jahren revidiert der IWF seine Schätzungen für das globale Wirtschaftswachstum nicht nach unten. Für einige Schönredner des Kapitalismus ist das ein Indiz dafür, dass die Weltwirtschaft auf dem Wege der Erholung sei. Nüchtere Stimmen weisen hingegen auf die realen Umstände dieser „Erholung“ hin. Wieder einmal basiert alles auf Verschuldung. So fällt bspw. die wirtschaftliche Erholung der USA mit einer enormen Erhöhung der Kreditkartenschulden zusammen. Schulden halten die Räder dieses System am Laufen. Es wurde angenommen, dass diese Schulden durch die Inflation und das Wachstum sinken würden. Doch angesichts einer niedrigen Profitrate fielen die Investitionen mager aus. Die Austeritätspolitik hat die Lage nur noch zusätzlich verschlechtert. Nach Angaben der „Bank für Internationalen Zahlungsausgleich“ belief sich die weltweite Schuldenlast im Jahr 2008 auf 225% der jährlichen Wirtschaftsleistung. Heute sind es 330%! Laut dem globalen Schuldenmonitor des „International Institut of International Finance“ sind die weltweiten Schulden (private wie öffentliche) von 17 Billionen im Jahr 2006 auf heute unfassbare 233 Billionen gestiegen. Dies gleicht einer Fantasiewelt, in der die zukünftige Produktion bereits bis zur Unendlichkeit verpfändet ist. Der nächste Finanzcrash ist nicht nur unvermeidlich, sondern auch in nächster Zeit absehbar. Die ökonomische Krise des kapitalistischen Wirtschaftssystems hat ihre Wurzeln im Ende des Nachkriegsbooms in den frühen 70er Jahren. Die ArbeiterInnen haben dafür die Zeche gezahlt. Seit 1979 ging der Anteil der Löhne am Bruttoinlandsprodukt (BIP) kontinuierlich zurück. Im Zuge der sog. „Globalisierung“ wurden verstärkt Arbeitsplätze in Niedriglohnländer verlagert. Heute befindet sich ein Großteil des weltweiten Reichtums in den Händen einiger weniger. In den USA ist die Kluft zwischen Arm und Reich mittlerweile wieder auf demselben Stand wie 1917.

### Politische Instabilität

Dieser wirtschaftliche Niedergang übersetzt sich nun in wachsende politische Instabilität. Der neoliberale Konservatismus und der sozialdemokratische Keynesianismus sind gleichermaßen gescheitert, die Probleme dieser Welt auch nur annähernd zu lösen. Die alten etablierten Parteien haben an Glaubwürdigkeit verloren. Ihnen gleiten zunehmend die Zügel aus den Händen. Sei es nun das Scheitern ganzer Staaten, der Brexit, die Wahl Trumps, die politische Lähmung und der Aufstieg der extremen Rechten – wo wir auch hinschauen macht sich ein immer größer werdendes politisches Schlamassel bemerkbar. Dieses wird oft auf den sog. „Populismus“ zurückgeführt. Doch „Populismus“ gab es in der einen oder anderen Form schon immer. Solange die alten bürgerlichen Parteien des Mainstreams vorgeben konnten, dass es noch Aussichten auf Verbesserungen geben könne, beschränkte er sich auf die Grenzen des Systems. Heute befürchten Teile der kapitalistischen Eliten, dass der Aufstieg alternativer Kräfte das System sprengen könne, wenn diese zu sehr die Kontrolle gewinnen würden. Nach vier Jahrzehnten wirtschaftlicher Stagnation hat der Aufstieg populistischer Kräfte unterschiedliche Formen angenommen. Der Populismus der „Linken“ (Podemos, Syriza, Corbyns Labour Party, Sanders „Sozialismus“) lenkt die Wut der Arbeiterinnen und Arbeiter

in die Wahlurne, ohne ein Programm zu haben welches das System herausfordert. Er wird daher scheitern. Der Populismus der Rechten ist dagegen weit gefährlicher, da er auf einer Politik der Angst aufbaut. Ihre nationalistische Botschaft beschränkt sich nicht nur auf Parolen wie „America First“, die „Wiedererlangung der Kontrolle“ die „Schließung der Grenzen“ usw. Sie machen Juden, Muslime und Migranten im Allgemeinen zu Sündenböcken, für den sinkenden Lebensstandard. Dies hat zu einem Anstieg antisemitischer und islamophober Übergriffe geführt. Besonders im Fokus stehen Geflüchtete, die Opfer der Kriege die von den reichsten kapitalistischen Ländern in Afrika, Asien und im Nahen Osten angezettelt wurden. Die Verteidigung der Nationalökonomie gegen die „Anderen“, gegen „Außensteiter“ und „Fremde“ ist der Markenkern des entfesselten Nationalismus. Diese Fremdenfeindlichkeit nimmt überall auf der Welt gefährliche Formen an.

### Vom Handelskrieg zum heißen Krieg

Nach dem Zweiten Weltkrieg war die US-Ökonomie eine Triebkraft für die Erholung des globalen kapitalistischen Systems. Es kam zu einem Boom, der in der Geschichte des Kapitalismus beispiellos war. Doch dieser kam an ein Ende, als die USA 1971 nicht mehr Goldbindung an den Dollar aufrechterhalten konnten. Es setzte ein langer und langsamer Prozess ein, in dem die Vorherrschaft der USA über die Weltwirtschaft zurückging. Dieser Rückgang wurde zum Teil durch den Umstand verschleiert, dass der Rest der Welt durch die bedeutende Stellung des Dollar im internationalen Handel für den Schuldenberg der USA mitzahlte. Lange bevor China seine Finger in der Welt austreckte, hatten die USA aufgrund der Vormachtstellung des Dollars weitgehend freie Bahn. Dank ihrer international zirkulierenden Währung konnten sie wie kein anderes Land die Notenpresse anwerfen. Als ein armes, in Entwicklung begriffenes China vor einem Vierteljahrhundert dazu überging, eine industrielle Infrastruktur aufzubauen und seinen Handel mit der westlichen Welt zu verstärken, war dies nur durch US-Kapital möglich. Wenige hätten es damals für möglich gehalten, dass sich China zu einem industriellen Riesen in der Welt entwickeln würde. Was die Wirtschaftsleistung, den Handel und das Bruttoinlandsprodukt angeht, hat China die USA (gemessen an der Kaufkraftparität) bereits überholt. Die USA mögen zwar noch sehr stark sein. Doch der von Trump erklärte Handelskrieg zeigt, wie weit sie ihre vorherrschende Position verloren haben. Früher konnten die USA noch den Umstand ignorieren, dass die Ausbeutung des Urheberechts eine Bedingung für Investitionen in den chinesischen Niedriglohnfabriken war. Jetzt sind die Einsätze höher und es geht nicht nur um den Handel. Trump stützt sich auf ein Gesetz von 1961, das bei Gefährdung der nationalen Sicherheit der USA die Verhängung von Einfuhrsperren vorsieht. Wir sind an einem Punkt angelangt, an dem ein Handelskrieg der Vorläufer eines strategischen Krieges sein kann. Dies ist keinesfalls ein abstraktes Szenario. Als die UdSSR zusammenbrach kannte das Triumphgeschrei vom „Ende der Geschichte“ und dem „Beginn einer neuen Weltordnung“ keine Grenzen. Doch das hielt nicht lange an. Die Rückschläge der USA in Afghanistan und dem Irak wurden vom Aufstieg Chinas begleitet. Die Gefahr in dieser Situation besteht darin, dass die militärische Stärke der USA in keinem Verhältnis zum Rest der Welt steht. Amerikanische Truppen sind fast überall präsent, sie kontrollieren die Schifffahrtswege und die USA geben doppelt so viel für Rüstung aus wie Russland und China zusammen. Wenn Chinas Aufstieg weiter anhält und die chinesischen Vorstöße in Afrika und Asien auch weiterhin von Erfolg gekrönt sind, werden die USA mit einer weiteren Einschränkung ihrer Macht konfrontiert sein. Der Druck für prä-

ventive Militärschläge wächst und die Ernennung der Hardliner Bolton und Pompeo durch Trump sind ein Anzeichen dafür, dass der Zeitpunkt dafür immer näher rückt. Hinter ihnen stehen „think tanks“ die schon lange für Aktionen trommeln, um China Einhalt zu gebieten. Wir haben des Öfteren darauf hingewiesen, dass die Geschichte immer wieder gezeigt hat, dass Handelskriege nur der Vorläufer für entfesselte „heiße Kriege“ waren. Es gibt keine Garantie dafür, dass die lange Agonie der Wirtschaftskrise nicht den gleichen Ausgang nimmt.

### Die einzige Alternative

Die einzige Kraft, die all dem Einhalt gebieten kann, ist die internationale ArbeiterInnenklasse, die Mehrheit der Weltbevölkerung. Auch wenn sie sich seit Jahren in der Defensive befinden und unter Arbeitslosigkeit, Inflation, Umstrukturierungen und neuen Methoden der Ausbeutung zu leiden haben, sind es die LohnarbeiterInnen dieser Welt, die dieses System im Krieg und im Frieden am Laufen halten. Es gibt Anzeichen dafür, dass sich die ArbeiterInnenklasse nach der Orientierungslosigkeit, die durch die Zerstörung von Arbeitsplätzen in den 80er und 90er Jahren hervorgerufen wurde, nun in einer neuen Klassenzusammensetzung wiederfindet, und sich weigert die alten Bedingungen hinzunehmen. WanderarbeiterInnen, ArbeiterInnen in der Gig Economy sowie proletarisierte Sektoren im Dienstleistungssektor fangen bereits an sich zu wehren. Dies sind nur vereinzelte Signale und noch keine massive und systematische Antwort auf die Intensität des Angriffs, unter dem wir schon lange zu leiden haben. Doch zumindest gibt es sie. Das kommt alles andere als verfrüht. Dieses System ist krank. Das kapitalistische Profitstreben bedroht zunehmend die Existenz dieses Planeten durch fortgesetzte Umweltzerstörung. Die rassistischen „Lösungen“ der Nationalisten laufen auf einen Krieg hinaus, der die Menschheit über Jahrhunderte zurückwerfen würde, wenn sie diesen überhaupt überleben sollte. Kämpfe gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Rassismus sind allerdings nur der Anfang. In Streiks, Besetzungen und Protesten können wichtige Erfahrungen gesammelt, Selbstbewusstsein entwickelt und den Bossen und Vermietern Zugeständnisse abgetrotzt werden. Doch diese elementaren Kämpfe brauchen einen politischen Bezugspunkt und ein Programm, wenn wir aus der Situation herauskommen wollen, dass jeder Kampf faktisch wieder bei Null anfangen muss. Dieses Jahr jährt sich vier Tage nach dem 1. Mai der Geburtstag von Karl Marx zum 200. Mal. Erinnern wir uns an seine Worte: „Jeder Klassenkampf ist ein politischer Kampf.“ Die ArbeiterInnenklasse muss ihre eigenen autonomen Organe und Strukturen entwickeln, um ihre Kämpfe zu koordinieren und auszuweiten, was in der Vergangenheit durch Räte und Vollversammlung geschah. Um ihren Kämpfen einen langfristige politische Perspektive und kommunistische Stoßrichtung zu geben, bedarf es aber auch einer internationalen wie internationalistischen Partei. Diese ist keine Regierung im Wartestand und schon gar kein weiteres parlamentarisches Projekt (wie es Sozialdemokraten und Stalinisten propagieren), sondern ein notwendiges politisches Instrument, um die aus den Klassenkämpfen entstehende Emanzipationsbewegung zu vereinen und ihr eine Orientierung zu geben. Die „Internationalistische Kommunistische Tendenz“ setzt sich zum Ziel auf die Herausbildung einer solchen Klassenpartei hinzuarbeiten, um für eine Welt ohne Staaten und Klassen, ohne Ausbeutung und Grenzen, ohne Hunger und Krieg zu kämpfen, „in der die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die Freiheit aller ist.“



## - Gis Jour fixe -



Jeden zweiten Donnerstag im Monat veranstalten wir in Berlin von nun an einen regelmäßigen „*Jour fixe*“, um aktuelle Themen zu besprechen, Texte zu diskutieren und Aktivitäten zu planen. Jeweils um 19:30 Uhr:

Cafe Cralle, Hochstädter Str.10a  
Berlin Wedding (U9 Leopoldplatz)

### Wer wir sind:



Die *Gruppe Internationaler SozialistInnen (GIS)* ist ein marxistischer Diskussions – und Arbeitszusammenhang. Unser Orientierungspunkt ist die Tradition der Kommunistischen Linken, einer Strömung, die frühzeitig Nationalismus und Stellvertreterpolitik bekämpft, und die Ideen des revolutionären Marxismus gleichermaßen gegen Stalinismus und Sozialdemokratie verteidigt hat. Als globales System kann der Kapitalismus nur international bekämpft und überwunden werden. Deswegen sind wir Teil der „*Internationalistischen Kommunistischen Tendenz*“ (IKT), einem internationalen Zusammenschluss linkskommunistischer Gruppen und Organisationen. Nur eine rational auf Befriedigung der Bedürfnisse orientierte Gesellschaft wird die existentiellen Probleme der Menschheit lösen können. Eine solche „*Assoziation der Freien und Gleichen*“ ist keine Staatsveranstaltung! Der Sozialismus oder Kommunismus ist kein Zustand oder ein Programm, welches sich per Partei oder Staatsdekret in die Praxis umsetzen ließe, sondern eine gesellschaftliche Bewegung zur bewussten Überwindung von Herrschaftsverhältnissen. Erst in einer Gesellschaft in der „*die freie Entwicklung eines jeden, die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist*“, wird die Herausbildung wirklicher Individualität möglich sein, werden die Menschen ohne Angst verschieden sein können.

**Wir fordern alle jene, die sich mit dieser Perspektive identifizieren können auf, mit uns in Kontakt und Diskussion zu treten.**

**GIS**

[www.gis.blogspot.de](http://www.gis.blogspot.de) | [www.leftcom.org](http://www.leftcom.org)

[www.facebook.com/InternationalistInnen](https://www.facebook.com/InternationalistInnen)

Kontakt:

[de@leftcom.org](mailto:de@leftcom.org)



## Nationalismus und der Mythos der „nationalen Befreiung“

In Krieg und Frieden versucht die Bourgeoisie die ArbeiterInnen dazu zu bringen, dass sie sich mit „ihrem“ Land identifizieren. Über Generationen wird uns erzählt, dass „*unser Standort*“ in Gefahr sei und wir unsere Arbeitsplätze verlieren, wenn wir nicht noch härter schuften. Genau die gleiche Botschaft wird den ArbeiterInnen überall eingetrichtert. In Zeiten des Krieges sollen wir dazu gebracht werden uns fürs „*Vaterland*“ abschlagen zu lassen, bzw. unsere Klassenbrüder- und Schwestern zu massakrieren. Die Idee der Nation ist eine entscheidende Stütze jeder bürgerlichen Herrschaft. Sie verschleiert den Klassencharakter des Systems und vermittelt die Vorstellung, die bestehende Ordnung sei Ausdruck der gemeinsamen Interessen des „*Volkes*“. Nationalismus bedeutet immer Unterordnung des Proletariats unter die „*eigene Bourgeoisie*“. Im Zeitalter des Imperialismus, in dem die Herrschaft des Kapitals den gesamten Erdball umfasst, ist die Vorstellung spezifisch „*nationaler Entwicklungsmöglichkeiten*“ und „*noch zu lösender demokratischer Aufgaben*“ absurd und in jeder Hinsicht reaktionär. Die internationalistische Kommunistische Linke hat niemals die sog. „*nationalen Befreiungskämpfe*“ unterstützt. Es wird oft behauptet, dass sich diese Kämpfe gegen Unterdrückung richten und von daher antiimperialistisch seien. Es stimmt, dass es in vielen Ländern unterdrückte Minderheiten gibt. Aber diese unterdrückten Minderheiten können nichts gewinnen, wenn sie sich mit ihrer eigenen herrschenden Klasse oder Teilen der Bourgeoisie identifizieren. Die ArbeiterInnenklasse aufzufordern sich an einer nationalen Bewegung zu beteiligen, bedeutet sie auf die Schlachtbank des Kapitalismus zu führen. Ebenso wenig sind diese Kämpfe „*antiimperialistisch*“. Um überhaupt militärische Schlagkraft entwickeln zu können, sind die nationalistischen Bewegungen darauf angewiesen im imperialistischen Machtgefüge Sponsoren und Unterstützer zu finden. Auch ein frisch „*befreiter Staat*“ wird sich nach gelungenem „*Unabhängigkeitskampf*“ nicht dem Netz imperialistischer Beziehungen, die die Weltwirtschaft ausmachen, entziehen können. Kein Staat kann sich heute unabhängig und außerhalb der Erfordernisse der kapitalistischen Konkurrenz auf dem Weltmarkt entwickeln. Jenen, die immerfort argumentieren, dass Marx bestimmte Unabhängigkeitsbewegungen unterstützte oder dass Lenin für das nationale Selbstbestimmungsrecht eintrat, erwidern wir, dass solch ein mechanischer „*Marxismus*“ nichts mit Marxismus zu tun hat. Marx schrieb zu einer Zeit, als der Kapitalismus eine ArbeiterInnenklasse, neue Technologie, Maschinen und Wissenschaft hervorbrachte. Vor diesem Hintergrund unterstützten Marx und Engels einige nationale Bewegungen, von denen sie glaubten, dass diese die Überwindung feudaler und vor-kapitalistischer Strukturen beschleunigen könnten. In dieser aufsteigenden Phase des Kapitalismus gab es noch Spielräume für die Herausbildung unabhängiger kapitalistischer Staaten und damit auch für die weitere Entwicklung der ArbeiterInnenklasse, dem zukünftigen Totengräber des Kapitalismus. Doch in der Epoche des Imperialismus sind den Spielräumen „*nationaler Unabhängigkeit*“ enge Grenzen gesetzt. Es war Rosa Luxemburg, nicht Lenin, die diese Tatsache (trotz ihrer fehlerhaften Analyse der Wurzeln des Imperialismus) besser begriff. Die weitere Entwicklung des Kapitalismus in diesem Jahrhundert hat die Richtigkeit der Position Luxemburgs zur nationalen Frage bestätigt. Lenin hatte erwartet, dass der politische Kampf der Kolonialländer die imperialistischen Mächte in ihren Grundfesten erschüttern würde. Doch im Zuge der Dekolonialisierung nach dem Zweiten Weltkrieg erfüllten sich diese Hoffnungen nicht. Die Dekolonialisierung änderte nur wenig am ökonomischen Machtgefüge. In vielen Fällen war die Unabhängigkeit der alten Kolonien das Ergebnis eines inner-imperialistischen Machtkampfes indem sich nach 1945 die USA gegen die alten Kolonialmächte durchsetzte. Die Bourgeoisien in den Ländern der Peripherie mögen in der imperialistischen Hackordnung zuweilen in einer schwächeren Position sein. Sie mögen auf allerlei „*antiimperialistische*“ Rhetorik und soziale Demagogie setzen. Doch all das ändert nichts an der Tatsache, dass sie integraler Bestandteil der globalen kapitalistischen Herrschaft über die ArbeiterInnenklasse sind. Die sog. „*nationalen Befreiungsbewegungen*“ verkörpern von daher die Interessen bürgerlicher Fraktionen und Strömungen und agieren als Teilelemente der innerimperialistischen Auseinandersetzungen gegen das Proletariat. Alle Theorien und Losungen der „*nationalen Befreiung*“ oder des „*Selbstbestimmungsrechts der Völker*“ zielen darauf ab, nationalistische Spaltungslinien in der Klasse zu fördern und das Proletariat bürgerlichen Kräften zu unterwerfen. Antiimperialistisch zu handeln bedeutet heute gegen das System als Ganzes vorzugehen. Die Ausgebeuteten und Unterdrückten können nur auf der Basis der Klassenautonomie für ihre Befreiung kämpfen. Als InternationalistInnen kennen wir daher keine Solidarität mit „*Völkern*“, „*Staaten*“ oder „*Nationen*“, sondern nur mit konkreten Menschen und ihren Kämpfen und sozialen Auseinandersetzungen. Unser Ziel ist der Kampf der ArbeiterInnen aller Nationen als einzige Perspektive zur Überwindung jeder Unterdrückung und Diskriminierung.

(Aus „*Für den Kommunismus!*“ Politische Grundsätze der IKT - Bestellungen unter [de@leftcom.org](mailto:de@leftcom.org))

***Für die staaten-und klassenlose Gesellschaft!***

